

Chronologie

Mai / Juni 2005*

Mai

2.5. Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS-Sofres für die Zeitung „Le Monde“ sprechen sich 52 Prozent der befragten Franzosen, die sich bereits entschieden haben, für eine Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages aus. 48 Prozent stimmen gegen den Vertrag. 24 Prozent der Befragten sind sich noch nicht sicher, ob oder wie sie abstimmen werden. 44 Prozent sind der Auffassung, dass eine französische Ablehnung des Vertrages Frankreichs Position in Europa „nicht wirklich“ oder „gar nicht“ schaden würde.

2.5. Justizminister *Dominique Perben* stellt der Öffentlichkeit die Eckpunkte seiner Reform des Erbschaftsrechts vor. Die Reform wird von *Perben* selbst als eines seiner wichtigsten Vorhaben beschrieben und soll durch eine Änderung von circa 200 Artikeln des Code civil die Erbschaftsprozesse vereinfachen und sicherer machen. Zwar sollen die Erben künftig innerhalb von vier Monaten über die Annahme des Erbes entscheiden. Zugleich wird ihnen jedoch der Rücktritt vom Erbe für den Fall negativer Überraschungen (zum Beispiel Schulden) erleichtert.

2.5. Ein Kurzbesuch von Außenminister *Michel Barnier* in Washington soll dazu dienen, die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und den USA wieder auf eine routinemäßige Grundlage zu stellen. In einem kurzfristig von den Amerikanern herbeigeführten Treffen zwischen *Barnier* und US-Präsident *George Bush* stehen die Situation im Libanon und der Nahostkonflikt im Mittelpunkt. Bei den Gesprächen mit US-Außenministerin *Condoleezza Rice* geht es darüber hinaus um die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber China und das iranische Nuklearprogramm.

3.5. In einem Meinungsartikel in der Zeitung „Le Monde“ rufen elf deutsche Intellektuelle die Franzosen dazu auf, dem EU-Verfassungsvertrag beim Referendum am 29. Mai zuzustimmen. Eine Ablehnung werde „katastrophale Folgen“ für Europa und für Frankreich haben und wäre eine „Kapitulation der Vernunft“. Zu den Verfassern gehören unter anderem *Wolf Biermann*, *Günter Grass*, *Jürgen Habermas*, *Michael Naumann* und *Gesine Schwan*.

3.5. In seinem zweiten Fernsehauftritt während der Kampagne zum Referendum des EU-Verfassungsvertrags erklärt Staatspräsident *Jacques Chirac* im Sender „France 2“, man könne nicht Europäer sein und mit Nein stimmen. Der Vertragstext unterstreiche die „soziale Berufung“ Europas und sei politisch weder rechts noch links, sondern abhängig davon, „was die Regierungen aus ihm machen werden“.

3.5. In Togo wird der Kandidat der regierenden Partei RPT, *Faure Gnassingbé*, offiziell zum Sieger der Präsidentschaftswahlen vom 24. April erklärt. *Gnassingbé* ist der Sohn des diktatorischen Generals *Eyadéma*, der seit der Ausrufung der Republik im Jahr 1967 Staatspräsident Togos gewesen war. Die Opposition wirft der Regierung Wahlfälschung vor. Im Umfeld der Wahlen war es zu erheblichen Unruhen mit etwa 500 Toten gekommen, bei denen auch das Büro des Goethe-Instituts angegriffen und in Brand gesteckt worden war. Die togoische Regierung wirft der ehemaligen Kolonialmacht Deutschland vor, die Opposition zu unterstützen. Frankreich setzt sich für eine Anerkennung des Wahlergebnisses ein und nimmt für sich in Anspruch, *Gnassingbé* dazu bewegt zu haben, nach dem Tod seines Vaters nicht dem Drängen des Militärs nachgegeben und auf Wahlen verzichtet zu haben.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

- 6.5.** Der Verwaltungsrat des Stromkonzerns EDF entscheidet, in einer Partnerschaft mit den Mailänder Stadtwerken AEM die Mehrheit am italienischen Stromkonzern Edison zu erwerben. Dieser Schritt ist möglich, nachdem die italienische Regierung am selben Tag entschieden hat, das Dekret von 2001 aufzuheben, das die Stimmrechte von EDF bei Edison auf zwei Prozent begrenzte. Bereits zuvor war EDF an der Edison-Holding Italenergia mit 18 Prozent beteiligt, konnte die Beteiligung jedoch nicht strategisch nutzen.
- 8.5.** Anlässlich der Gedenkfeiern zum Massaker von Sétif im Osten Algeriens vom 8. Mai 1945, bei dem zwischen 15 000 und 45 000 Algerier getötet worden waren, vergleicht der Staatspräsident Algeriens, *Abdelaziz Bouteflika*, die französische Kolonialherrschaft mit der Naziherrschaft. Die Äußerungen *Bouteflikas* gelten als Reaktion auf das französische Wiedergutmachungsgesetz vom 23. Februar, das von vielen Algeriern als Verharmlosung der Kolonialzeit und als Provokation aufgefasst wird.
- 9.5.** Staatspräsident *Chirac* nimmt, ebenso wie Bundeskanzler *Gerhard Schröder*, an der russischen Gedenkfeier zum Ende des Zweiten Weltkriegs vor 60 Jahren teil. Im Anschluss daran weiht er eine Statue des Generals *de Gaulle* in Moskau ein.
- 9.5.** Die Zeitung „*Le Figaro*“ veröffentlicht Auszüge eines informellen Berichts der französischen Regierung über die finanziellen Folgen der Hitzewelle im Jahr 2003. Danach könnten sich die Kosten auf etwa 3,5 Milliarden Euro belaufen, von denen der Staat allein eine halbe bis eine Milliarde Euro übernehmen müsse.
- 10.5.** Im letzten Zivilprozess in der so genannten „Executive-Life-Affäre“ wird der französische Unternehmer *François Pinault* von den Geschworenen in Los Angeles freigesprochen. Die Holding der Familie *Pinault*, *Artémis*, habe sich dagegen an der unrechtmäßigen Übernahme der kalifornischen Versicherung *Executive Life* durch die damalige französische Staatsbank *Crédit Lyonnais* beteiligt. *Crédit Lyonnais* war von den Amerikanern vorgeworfen worden, mit der 1991 durchgeführten Übernahme der kalifornischen Versicherung *Executive Life* gegen amerikanisches Recht verstoßen zu haben. Der Leiter des *Pinault* Konzerns, *François Pinault*, hatte außerdem 1992 Obligationen von *Executive Life* übernommen. Im Januar hatten sich bereits die US-Kläger und der französische Staat auf einen Vergleich geeinigt.
- 10.5.** Der französische Unternehmer und Kunstmäzen *François Pinault* kündigt an, auf sein Projekt für ein neues Kunstmuseum in Paris zu verzichten. *Pinault* hatte geplant, auf dem Gelände der früheren *Renault*-Fabrik ein Museum für moderne Kunst mit Werken herausragender zeitgenössischer Künstler wie *Warhol* und *Rauschenberg* zu errichten. Das im Jahr 2001 angekündigte Vorhaben musste bereits mehrfach verschoben werden und ist nach Angaben *Pinaults* vor allem an bürokratischen Hürden gescheitert. Die Sammlung soll nun teilweise im *Palazzo Grassi* in Venedig ausgestellt werden.
- 11.5.** Der *Conseil d'État* unterbindet die Anwendung eines Eckpfeilers der *Loi Perben*, das so genannte „*plaider-coupable*“, das im Oktober 2004 in Kraft getreten war. Zwei für die Umsetzung des Gesetzes erlassene Anordnungen des Justizministers seien mit dem geltenden Strafprozessrecht nicht vereinbar. Damit ist eines der wichtigsten Elemente der Justizreform von 2004 blockiert. Mit dem Verfahren „*plaider-coupable*“ soll die Staatsanwaltschaft Angeklagten, die sich schuldig bekennen, in einem verkürzten Verfahren und ohne Gerichtsverhandlung eine angemessene Strafe vorschlagen können. Dadurch sollen Verfahren schneller abgewickelt und die Gerichte entlastet werden.
- 12.5.** Innenminister *Dominique de Villepin* legt im *Conseil des ministres* seinen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung vor. Unter anderem soll eine vom Innenminister geleitete Einwanderungsbehörde errichtet, die juristischen Instrumente zur Verhinderung von Scheinehen verbessert und eine Liste mit sicheren Herkunftsländern zur schnelleren Bearbeitung von Asylanträgen erstellt werden.
- 12.5.** In einer Entschließung erklärt das Europäische Parlament, dass die Präsidentschaftswahlen in Togo vom 24. April nicht den Grundsätzen der Transparenz, des Pluralismus und des Selbstbestimmungsrechts des Volkes entsprochen hätten und dass daher die Legitimität der aus dieser Wahl hervorgegangenen Regierung nicht anerkannt werden dürfe. Damit kritisiert das Parlament implizit die Haltung der französischen Regierung, die am Tag nach den Wahlen die „insgesamt befriedigenden Bedingungen“ der Wahlen hervorgehoben hatte.
- 13.5.** Der ehemalige Handelskommissar der Europäischen Union, der Franzose *Pascal Lamy*, wird mit großer Mehrheit von den Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation zum neuen Generaldirektor gewählt. Er folgt auf den Thailänder *Supachai Panitchpakdi*.

13.5. In einem Gespräch mit der Zeitung „Le Monde“ erklärt der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, das Gebot der Ehrlichkeit gebiete es, einen Plan B für den Fall eines Scheiterns des französischen Referendums über den EU-Verfassungsvertrag nicht auszuschließen. Neuverhandlungen würden allerdings sehr schwierig.

16.5. In Frankreich wird am Pfingstmontag erstmals gearbeitet. Die Regierung hatte die Einführung dieses „Solidartages mit alten Menschen“, die etwa zwei Milliarden Euro einbringen soll, zur Finanzierung einer verbesserten Altenpflege beschlossen. Nach massiven Protesten der Gewerkschaften kommt es daraufhin vor allem im Öffentlichen Dienst zu zahlreichen Streiks. Die Regierung erklärt am folgenden Tag, dass am Pfingstmontag etwa genauso viele Menschen gearbeitet hätten wie an einem Freitag nach Himmelfahrt.

17.5. Zwölf Tage vor dem Referendum über den EU-Verfassungsvertrag ergibt eine in der Zeitung „Le Figaro“ veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IPSOS eine Mehrheit von 51 Prozent, die gegen den Vertrag stimmen will. 22 Prozent der befragten Franzosen haben sich noch nicht entschieden.

18.5. Nach einer von der französischen Botschaft in Washington durchgeführten Studie kehren mindestens 20 Prozent der französischen Wissenschaftler, die nach ihrer Promotion in die USA gehen, nicht nach Frankreich zurück. Von etwa 6 000 jährlich promovierten Wissenschaftlern gehen circa 500 in den Vereinigten Staaten auf Arbeitssuche.

18.5. Die Vereinigung „Observatoire des armes nucléaires françaises“ veröffentlicht Dokumente der französischen Armee, aus denen hervorgeht, dass die Bevölkerung von Französisch-Polynesien bei den ersten Atomtests im Pazifik in den 1960er Jahren über die Risiken der Tests nicht informiert wurde. Darüber hinaus wurden Schutzmaßnahmen wie etwa eine vorübergehende Evakuierung aus „politischen und psychologischen Gründen“ ausgeschlossen, wie es in einem der Dokumente heißt. Die Authentizität der Unterlagen ist von Regierungsseite noch nicht bestätigt.

19.5. In Nancy kommen die Staatspräsidenten Chirac und Kwasniewski sowie Bundeskanzler Schröder im Rahmen des sechsten Gipfels des Weimarer Dreiecks zusammen. Das Treffen wird beherrscht vom bevorstehenden französischen Referendum über den EU-Verfassungsvertrag. Schröder und Kwasniewski appellieren an die Franzosen, dem Vertrag zuzustimmen, der ein „Kind

Frankreichs“ (Kwasniewski) sei. Ein weiteres Thema der Gespräche sind die Verhandlungen über die Finanzplanung der EU für die Jahre 2007–2013.

19.5. Ein Jahr nach dem Zusammenschluss der Fluggesellschaften Air France und KLM legt das neue Unternehmen eine erste Bilanz vor. Der Umsatz konnte im Geschäftsjahr 2004/2005 um 7,3 Prozent auf 19 Milliarden Euro, der Nettogewinn um 20 Prozent auf 351 Millionen Euro gesteigert werden. Das Ergebnis fällt damit deutlich besser aus, als von Analysten und den Unternehmen selbst erwartet worden war.

20.5. 100 Unternehmenschefs großer französischer Konzerne sowie kleiner und mittlerer Betriebe rufen die Bevölkerung in einem Beitrag für die Zeitschrift „Sociétal“ auf, dem EU-Verfassungsvertrag zuzustimmen. Ein französisches Nein werde eine Dynamik zerstören, von der ganz Frankreich seit 40 Jahren profitiere.

20.5. Das nationale Institut für Statistik INSEE teilt mit, dass das französische Wirtschaftswachstum im ersten Trimester 2005 mit 0,2 Prozent nur halb so groß ausgefallen ist wie erwartet. Darüber hinaus korrigiert das Institut das Wachstum des Jahres 2004 von zunächst berechneten 2,4 auf 2,1 Prozent nach unten.

26.5. In seinem letzten Fernsehauftritt vor dem Referendum über den EU-Verfassungsvertrag betont Staatspräsident Chirac die „historische Verantwortung“, die den Franzosen am 29. Mai zukomme. Sie sollten sich nicht „in der Frage täuschen“, um die es beim Referendum gehe. Es werde nicht über die Regierung abgestimmt, die Entscheidung über den Vertrag habe nichts mit linker oder rechter Politik zu tun.

27.5. In Prüm (Rheinland-Pfalz) unterzeichnet Innenminister de Villepin gemeinsam mit den Innenministern Belgiens, Deutschlands, Luxemburgs, der Niederlande, Spaniens und Österreichs einen Vertrag über eine vertiefte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration („Schengen Plus“). Im Mittelpunkt steht ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den Unterzeichnerstaaten.

27.5. Gemeinsam mit dem ehemaligen Wirtschafts- und Finanzminister Dominique Strauss-Kahn setzt sich Bundeskanzler Schröder in Toulouse vor 700 Anhängern des Parti socialiste für eine Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages ein. Deutschland und Frankreich müssten weiterhin Vorreiter der europäischen Integration sein.

29.5. Beim Referendum über den EU-Verfassungsvertrag sprechen sich 54,87 Prozent der Franzosen gegen das Vertragswerk aus. Frankreich ist damit der erste der 25 EU-Mitgliedstaaten, der den Vertrag nicht ratifizieren wird. Nur in 13 Departements können die Befürworter der Verfassung eine Mehrheit erzielen. Mehr als drei Viertel der Anhänger der bürgerlichen und liberalen Parteien UMP und UDF stimmen dem Vertrag zu; etwa 56 Prozent der PS-Anhänger und 60 Prozent der Grünen-Wähler lehnen ihn ab. Die Anhänger des Front National und des Parti communiste stimmen mit 93 beziehungsweise 98 Prozent gegen die Verfassung. Circa 55 Prozent der Wähler zwischen 18 und 34 Jahren votieren mit „Nein“; 57 Prozent der über 60-Jährigen mit „Ja“.

31.5. Staatspräsident Chirac nimmt den Rücktritt von Jean-Pierre Raffarin vom Amt des Premierministers an und ernennt Dominique de Villepin zu seinem Nachfolger. Nicolas Sarkozy kehrt in das Amt des Innenministers zurück, das er bereits zwischen 2002 und 2004 bekleidet hatte. Er erhält darüber hinaus den Status eines Staatsministers, wird damit die Nummer eins im Kabinett Villepin und behält außerdem den Vorsitz der Regierungspartei UMP. Spekulationen über einen Rücktritt Raffarins hatte es immer wieder gegeben, zuletzt nach den Europawahlen im Juni 2004, bei denen die UMP ein äußerst schlechtes Ergebnis erzielt hatte.

Juni

2.6. Das Präsidialamt gibt die Zusammensetzung des neuen Kabinetts bekannt. Verteidigungsministerin bleibt die neue Nummer zwei des Kabinetts, Michèle Alliot-Marie. Der bisherige Gesundheitsminister Philippe Douste-Blazy ersetzt Michel Barnier im Außenministerium. Jean-Louis Borloo ist weiterhin Minister für Arbeit und sozialen Zusammenhalt. Neue Europaministerin und damit auch Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit wird Catherine Colonna, frühere Sprecherin des Élysée. Sie löst Claudie Haigneré ab.

2.6. Der Verwaltungsrat der französischen Post gibt Grünes Licht für eine umfassende Reform des Unternehmens. Das Filialnetz von 17 000 Niederlassungen soll überprüft, ihr Dienstleistungsangebot erweitert und eine Postbank gegründet werden. Die Post will hierfür 770 Millionen Euro investieren.

3.6. In seiner Abschiedsansprache vor den Mitarbeitern des Außenministeriums drückt Michel Barnier sein „Bedauern“ darüber aus, das Ministerium „viel früher, als wir es vorausgesehen haben und als es uns gesagt

worden ist“, verlassen zu müssen. Barnier, vor seiner Amtszeit als Außenminister fünf Jahre Mitglied der Europäischen Kommission, wird von dem außenpolitisch unerfahrenen Philippe Douste-Blazy ersetzt.

4.6. Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder verständigen sich in Berlin darauf, die Idee einer Europäischen Verfassung weiterzuverfolgen. Der Ratifizierungsprozess des EU-Verfassungsvertrages müsse daher fortgesetzt werden.

5.6. Der Parteirat des Parti socialiste beschließt, Laurent Fabius aus dem Führungsgremium der Partei auszuscheiden. Außer dem Parteichef François Hollande setzt sich vor allem Dominique Strauss-Kahn dafür ein, der diese Maßnahme für notwendig hält, um die „Kohärenz“ in der Partei wieder herzustellen.

5.6. Wirtschafts- und Finanzminister Thierry Breton kündigt an, dass etwa sechs Prozent der in staatlichem Besitz befindlichen Anteile am Unternehmen France Télécom verkauft werden sollen. Nach der Privatisierung des Konzerns im September 2004 wird der Staatsanteil damit auf 33 bis 35 Prozent sinken. Die Regierung verspricht sich einen Erlös von bis zu vier Milliarden Euro.

8.6. Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IPSOS erklären nur 27 Prozent der Franzosen, mit der Politik von Staatspräsident Chirac einverstanden zu sein. Damit ist die Zustimmung zu Chirac innerhalb eines Monats um 38 Prozentpunkte zurückgegangen, was ein Rekord in der V. Republik ist. Zugleich sinkt die Zustimmung zum Chef des Parti socialiste, François Hollande, im selben Zeitraum von 45 auf 35 Prozent.

8.6. In seiner Regierungserklärung setzt Premierminister de Villepin einen beschäftigungspolitischen Akzent. Die kontinuierliche Absenkung der Einkommensteuer zwischen 2002 und 2004 solle, wie schon 2005, auch im Jahr 2006 nicht fortgesetzt werden, um „alle Ressourcen“ im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu bündeln. Die Hürden für Einstellungen kleiner und mittlerer Betriebe würden künftig gesenkt. In der Europapolitik erwähnt de Villepin erneut die Idee einer deutsch-französischen Union, ohne sie gleichwohl inhaltlich oder formal zu präzisieren. Weitere Schwerpunkte sind die Bildungs- und Forschungspolitik.

8.6. Das Wirtschafts- und Finanzministerium kündigt an, das Energieunternehmen Gaz de France noch im Juni an die Börse zu bringen. 20 bis 22 Prozent des Kapitals des Staatskonzerns sollen veräußert werden und einen Erlös von bis zu vier Milliarden Euro erzielen.

9.6. Innenminister Sarkozy erklärt, dass eine Steigerung der Ausweisungsquote illegaler Einwanderer um 50 Prozent noch im Jahr 2005 zu seinen wichtigsten Zielen gehöre. Außerdem strebe er an, dass Regierung und Parlament Jahr für Jahr die Zahl der Einwanderer für bestimmte Berufsgruppen festlege. Sarkozy tritt seit langem – im Gegensatz zu Premierminister de Villepin – für das angelsächsische Quotenmodell in der Immigrationspolitik ein.

10.6. Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder treffen sich zum zweiten Mal innerhalb einer Woche, um nach dem gescheiterten französischen Referendum zum EU-Verfassungsvertrag den nächsten Europäischen Rat vorzubereiten. Hauptthema der Gespräche im Rahmen des Blaesheim-Prozesses ist die finanzielle Vorausschau der EU für die Jahre 2007–2013. Indirekt fordern Chirac und Schröder Großbritannien zu Konzessionen beim so genannten „Britten-Rabatt“ auf. Chirac unterstreicht gleichzeitig, dass er nicht bereit sei, den im Jahr 2002 erzielten Kompromiss in der Gemeinsamen Agrarpolitik anzutasten. Erneut setzen sich beide für eine Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses des EU-Verfassungsvertrages ein.

12.6. Die Journalistin der Zeitung „Libération“, Florence Aubenas, wird nach 157 Tagen Geiselnhaft zusammen mit ihrem irakischen Dolmetscher von den irakischen Entführern freigelassen. Der ehemalige Außenminister Barnier erklärt, dass kein Lösegeld gezahlt worden sei.

12.6. Der Vorsitzende der UMP, Nicolas Sarkozy, gibt bekannt, dass der UMP-Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen auf einem Parteikongress im Januar 2007 bestimmt werde.

13.6. Erstmals seit der Verstaatlichung der Eisenbahn im Jahr 1937 verkehrt wieder ein privater Güterzug auf den Gleisen der SNCF. Der Zug des Unternehmens Veolia Environnement wird von Gewerkschaftern stundenlang blockiert, bevor er sein Ziel im deutschen Saarland erreicht.

16./17.6. Die Beratungen des Europäischen Rates in Brüssel über die finanzielle Vorausschau der EU für die Jahre 2007–2013 scheitern. Kern des Problems ist ein britisch-französischer Konflikt, bei dem sich beide Seiten mangelnde Kompromissbereitschaft vorwerfen. Frankreich kritisiert das Beharren Londons auf dem sogenannten „Britten-Rabatt“, durch den Großbritannien seit 1984 einen Abschlag von zwei Dritteln auf seine Netto-Beitragszahlungen erhält. London fordert seinerseits eine tief greifende Reform der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik, für die etwa 40 Prozent

des EU-Budgets ausgegeben werden. Im Rahmen des Europäischen Rates lässt Staatspräsident Chirac einen Kurswechsel in der Frage eines EU-Beitritts der Türkei erkennen. Es sei fraglich, ob die Union sich weiter ausdehnen könne, ohne über die Institutionen zu verfügen, die eine solche Union effizient steuern könnten. Bis zum Referendum über den EU-Verfassungsvertrag hatte Chirac keinen Zweifel am Ziel eines Türkeibeitritts gelassen.

19.6. Bei den zweiten Wahlen des „Französischen Rates des Muslimischen Kultus“ (CFCM) wird die Marokko nahestehende Fédération nationale des musulmans de France (FNMF) stärkste Fraktion, gefolgt von der – algerisch orientierten – Grande Mosquée de Paris (GMP) und der fundamentalistischen Union des organisations islamiques de France (UOIF).

22.6. Der Conseil des ministres bevollmächtigt Premierminister de Villepin, nach einer entsprechenden Ermächtigung durch das Parlament, die von ihm vorgeschlagenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf dem Verordnungsweg zu realisieren. Kern der Maßnahmen ist der „Contrat nouvelle embauche“, der Einstellungen in kleinen Unternehmen erleichtern soll, von den Gewerkschaften jedoch heftig kritisiert wird. Die Entscheidung des Conseil des ministres trifft auf deutlichen Widerspruch bei den linken Parteien, aber auch bei der liberalen UDF.

22.6. Innenminister Sarkozy erklärt, dass der für die Freilassung von Patrick Gateau, dem mutmaßlichen Mörder von Nelly Crémel, verantwortliche Richter für seinen „Fehler ... bezahlen“ müsse. Die 39-jährige Crémel war am 10. Juni in einem Waldstück bei Paris tot aufgefunden worden. Gateau war 1990 wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt und 2003 auf Bewährung freigelassen worden. Sarkozy löst mit seinen Worten Empörung in der Opposition und bei den Richtern aus. Sowohl Premierminister de Villepin als auch Justizminister Pascal Clément verweisen darauf, dass „die Unabhängigkeit der Justiz und der Richter ein grundlegendes Prinzip einer Demokratie“ sei.

28.6. Die sechs Partner des Projekts für den Internationalen Thermonuklearen Experimentierreaktor (ITER), neben der EU China, Japan, Russland, Südkorea und die USA, einigen sich auf das südfranzösische Cadarache als Standort für den Reaktor. Frankreich wird die Hälfte der auf 4,6 Milliarden Euro geschätzten Baukosten tragen, die übrigen Partner jeweils zehn Prozent der Kosten. Mit dem auf 35 Jahre angelegten ITER-Projekt soll über das Kernfusions-Prinzip eine saubere und unerschöpfliche Energiequelle erschlossen werden.